

V o r l a g e  
für die Sitzung des Senats  
am 10. Juni 2014

**Besetzung des Verwaltungsrats von dataport, Anstalt des öffentlichen Rechts**

**A. Problem**

Derzeit gehören die Herren Staatsräte Golasowski und Lühr dem Verwaltungsrat von dataport als Vertreter der Freien Hansestadt Bremen an. Im Februar 2014 ist Sachsen-Anhalt als weiteres Trägerland dataport beigetreten. Im Zusammenhang mit dem Gesetzgebungsverfahren zum Beitritt Sachsen-Anhalts ist eine Verschlinkung des Verwaltungsrats beschlossen worden. Danach entsendet jeder Träger künftig nur noch ein Mitglied und ein stellvertretendes Mitglied in den Verwaltungsrat.

**B. Lösung**

Die Senatorin für Finanzen schlägt dem Senat vor, Frau Staatsrätin Friderich als stellvertretendes Mitglied für den Verwaltungsrat von dataport zu benennen sowie Herrn Staatsrat Golasowski aus dem Verwaltungsrat abuberufen. Herr Staatsrat Lühr wird sein Mandat unverändert weiter ausüben.

Der Senat hat über diese Besetzungsvorschläge zu entscheiden.

**C. Alternativen**

Keine.

**D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen und Gender-Prüfung**

Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkung

Keine.

Gender-Prüfung

Der Freien Hansestadt Bremen steht in dem Verwaltungsrat künftig ein ordentliches

Mandat zu. Durch die vorgeschlagene Besetzung wird dieses Mandat weiterhin durch einen Mann wahrgenommen. Als langjähriges Mitglied und amtierender Vorsitzender des Verwaltungsrates sowie als zuständiger Staatsrat für das zentrale IT-Management bei der Senatorin für Finanzen, an das die fachliche Begleitung von dataport organisatorisch angebunden ist, ist Herr Staatsrat Lühr für die Wahrnehmung des Mandates besonders geeignet.

### **E. Beteiligung und Abstimmung**

Die Vorlage ist mit dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr und der Senatskanzlei abgestimmt. Sie wurde der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau zur Kenntnis gegeben.

### **F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz**

#### Öffentlichkeitsarbeit

Entfällt.

#### Veröffentlichung nach dem IFG

Die Vorlage ist zur Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz geeignet.

### **G. Beschluss**

- 1) Der Senat beschließt,
  - a. dass Herr Staatsrat Lühr dem Verwaltungsrat von dataport weiterhin angehören soll,
  - b. Frau Staatsrätin Friderich als stellvertretendes Mitglied für den Verwaltungsrat von dataport zu benennen und
  - c. Herrn Staatsrat Golasowski aus dem Verwaltungsrat abzuberaufen.
  
- 2) Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen um die entsprechende Umsetzung.